

Herbert Kickl
Bundesminister

Herr
Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMI-LR2220/0089-I/11/2019

Wien, am 28. März 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Nationalrätin Claudia Gamon, MSc (WU), Kolleginnen und Kollegen haben am 1. Februar 2019 unter der Nr. **2779/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Maßnahmen gegen Desinformation“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Hat sich Ihr Ressort bisher bereits mit dem Thema Desinformation beschäftigt?*

Ja.

Zur Frage 1a:

- *Wenn ja, wer und wann?*

Die Sektion I beteiligt sich seit Februar 2019 an den vom Bundeskanzleramt (BKA) koordinierten Arbeiten zur nationalen Beitragsleistung zur Umsetzung des Aktionsplans des Europäischen Auswärtigen Dienstes zum Thema Desinformation.

Weiters ist Desinformation ein Thema der derzeit laufenden Arbeiten im Rahmen des nationalen Wahlkooperations-Netzwerkes für die Europawahl 2019. Das Maßnahmenpaket „Securing free and fair European elections“ findet Erwähnung im Aktionsplan des Europäischen Auswärtigen Dienstes zum Thema Desinformation. Im genannten Netzwerk, das aus mehreren Ressorts zusammengesetzt ist, beteiligt sich aus dem Bundesministerium für Inneres die Abteilung III/6. Im nationalen Wahlkooperations-Netzwerk hat das Bundesministerium für Inneres die Koordination übernommen, die Abteilung III/6 fungiert als „national contact point“ gegenüber der Europäischen Kommission.

Zur Frage 1b:

- *Wenn ja, zu welchen Ergebnissen sind Sie in diesem Bereich gelangt?*

Die Presse- und Meinungsfreiheit ist unantastbar und stellt einen wesentlichen Grundpfeiler unserer liberalen Demokratie dar. Die Bundesregierung bekennt sich zu einem uneingeschränkten Schutz dieser Grundrechte. Jede Form der Einschränkung ist in Österreich inakzeptabel.

Die Rahmenbedingungen müssen einen freien und unabhängigen Journalismus sowie eine transparente Kommunikation sicherstellen. Dementsprechend ist der Kampf gegen Desinformation durch zielgerichtete Maßnahmen ein wichtiges Ziel der Arbeit der gesamten Bundesregierung.

Die Verfolgung dieses Ziels manifestiert sich auch in der täglichen operativen Arbeit und leitet sich unmittelbar von dieser ab. Es bestehen ständige Koordinationsmechanismen und Abstimmungsrunden auf allen kommunikativen, strategischen und organisatorischen Ebenen. Diese definieren fallspezifische kommunikative Leitlinien und reagieren professionell und zeitnah auf etwaige Fälle von Desinformation.

Die Bundesregierung tritt auch für eine aktive, faktenbasierte und transparente Kommunikation gegenüber den Vertreterinnen und Vertretern der nationalen und internationalen Medien sowie den Bürgerinnen und Bürgern ein und bekennt sich zu einer diversen Medienlandschaft.

Zur Frage 1c:

- *Wenn ja, wurde eine Entscheidung über zu treffende Maßnahmen getroffen?*

Ja.

Zur Frage 1d:

- *Wenn ja, wie sehen die aus?*

Das Bundesministerium für Inneres beteiligt sich an den vom BKA koordinierten Arbeiten zur nationalen Beitragsleistung zur Umsetzung des Aktionsplans des Europäischen Auswärtigen Dienstes zum Thema Desinformation.

Weiters werden die in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Inneres fallenden notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung einer freien und unbeeinflussten Europawahl 2019 getroffen.

Zur Frage 1e:

- *Wenn nein, warum haben Sie sich bisher nicht mit diesem Thema beschäftigt?*

Trifft nicht zu.

Zur Frage 2 und 2c:

- *Welche Linie vertreten Sie im Rat bezüglich Desinformation?*
- *Wie sieht Ihre künftige Strategie diesbezüglich aus?*

Ich vertrete die Position, den Aktionsplan des Europäischen Auswärtigen Dienstes zum Thema Desinformation in den in den Zuständigkeitsbereich der Justiz- und Innenminister fallenden Materien umfassend umzusetzen.

Zur Frage 2a:

- *Wie oft ist das Thema im Rat bereits aufgekommen?*

Am Rat der Innenminister am 7. März 2019 stand das Thema: „Demokratische Resilienz stärken: Gewährleistung freier und fairer Wahlen“ erstmals auf der Tagesordnung.

Zur Frage 2b:

- *Wie haben Sie sich bei den einzelnen Terminen dazu geäußert?*

Das Thema war als Informationspunkt des Vorsitzes vorgesehen. Dieser ging in einer kurzen Informationsdarlegung auf die Maßnahmen gegen Desinformation und zur Sicherung von Wahlen auf europäischer Ebene zum Zwecke einer Stärkung der demokratischen Resilienz ein. Die Europäische Kommission hob insbesondere die Empfehlung zur Bildung von Wahlkooperationsnetzwerken hervor, welche auf europäischer Ebene den Austausch von

Informationen und bewährten Praktiken zwischen den Mitgliedstaaten sicherstelle. Die Ausführungen wurden von den Mitgliedstaaten, ebenso von Österreich, positiv zur Kenntnis genommen. Die vorgestellten Maßnahmen entsprechen der österreichischen Position, die bei weiteren Terminen in anderen Gremien vertreten werden wird.

Zur Frage 3:

- *Vertritt Ihr Ressort in dieser Debatte die Position, dass dem Staat eine Rolle bei der Bekämpfung von Desinformation zukommt?*

Ja.

Zu den Fragen 3a und 3b:

- *Wenn ja, für welche Rolle des Staates diesbezüglich setzen Sie sich ein?*
- *Wie begründen Sie Ihre Position?*

Siehe Beantwortung zur Frage 1b.

Zur Frage 4:

- *Gab es seitens Ihres Ressorts Gesprächsangebote zu diesem Thema an die Zivilgesellschaft, um möglichst breite Einbindung der Bevölkerung zu garantieren?*

Siehe Beantwortung zur Frage 1d.

Zur Frage 5:

- *Ist Ihnen der Aktionsplan des Europäischen Auswärtigen Dienstes zum Thema Desinformation bekannt?*

Ja.

Zur Frage 5a:

- *Hat sich Ihr Ressort eingehender damit beschäftigt?*

Ja.

Zu den Fragen 5b bis 5d:

- *Wenn ja, wer und mit welchem Ergebnis?*
- *Wenn ja, konnten Sie darauf Ableitungen für Österreich machen?*
- *Wenn ja, welche und was sind Ihre weiteren Schritte?*

Siehe Beantwortung zur Frage 1d.

Zur Frage 5e:

- *Falls Ihr Ressort sich noch nicht damit beschäftigt hat, warum hat es das nicht?*

Trifft nicht zu.

Zur Frage 6:

- *Stehen in Ihrem Ressort finanzielle Mittel zur Verfügung, die in Maßnahmen zum Thema Umgang mit Desinformation investiert werden könnten?*

Nein. Da das Thema nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres fällt, stehen keine finanziellen Mittel für Maßnahmen zum Thema Umgang mit Desinformation zur Verfügung.

Herbert Kickl

